

# Steuerfuss bleibt

## Worber Parlament genehmigt Finanzplanung

Obwohl die FDP gestern im Worber Parlament die Finanzplanung der Gemeinde harsch kritisiert und abgelehnt hat, stimmte der Rat dem Geschäft einstimmig zu. Grund: Die Freisinnigen «verpennten» die Abstimmung, wie Maja Widmer (fdp) im Nachhinein erklärte. Doch auch selbst wenn sie mit Nein gestimmt hätten, wäre die Finanzplanung 2006/2011 durchgekommen. Somit bleibt der Steuerfuss bei 1,6 Einheiten, nachdem er in den letzten beiden Jahren jeweils gesenkt wurde. Gemeinderat Jonathan Gimmel machte geltend, dass eine weitere Reduktion finanzpolitisch nicht drin liege.

Diesem Urteil schlossen sich SVP, SP, GFL und EVP an. Hans Ulrich Joss sagte für die SP, dass die Fakten für eine Beibehaltung des Steuerfusses sprächen. Eine Erhöhung auf 1,6 Einheiten wäre zwar am sinnvollsten, aber politisch wohl nicht tragbar. Für die GFL allerdings sei klar, dass für 2007 eine Steuererhöhung wieder diskutiert werden müsse, sagte Urs Gerber. Zumindest gelte es, die Situation gut zu beobachten. Grund: Der Gemeinderat rechnet damit, dass, sofern keine weiteren ausserordentlichen Erträge eingehen, die finanzpolitischen Ziele ab 2007 verfehlt werden. Zumindest müsse ab dann der Haushalt nur noch mit Steuererträgen finanziert werden.

Denn ab 2007 werden ausserordentliche Erträge ausbleiben. Zu-

mindest für 2006 sind noch Erträge aus dem Landverkauf Lindhalde Ost zu erwarten. Damit werden die grossen Kostensteigerungen bei den Lastenverteilungen der Sozialhilfe und der Sozialversicherung weitgehend gedeckt. Diese begründet der Gemeinderat einerseits mit höheren Bevölkerungszahlen und einer stetigen Zunahme der Fürsorgefälle.

### FDP warnt vor Schulden

Auf der anderen Seite sieht die Finanzplanung grosse Investitionen von rund 34,2 Millionen Franken vor. Geplant sind Investitionen in Schulanlagen, in die Verkehrssanierungen Worboden und Spange Nord (ab 2008), in die Schulinfomatik sowie in die Zivilschutzanlage. Jährlich sollen 4,2 Millionen Franken investiert werden.

Guy Lanfranconi (fdp) kritisierte die Finanzpolitik des Gemeinderates. Er mahnte vor den künftigen Schulden, die sich die Gemeinde auflade. Dies könne künftigen Generationen nicht zugemutet werden. Ständig würden Projekte und Massnahmen beschlossen, die für die FDP nicht dringend seien. Die Partei kämpfe stattdessen für schlanke Strukturen und stelle die Eigenverantwortung einem ausufernden Service public gegenüber. Zwar seien die Investitionen nötig, aber es müssten andere Finanzierungslösungen gesucht werden. (mob)